

8 Landesinitiative Frau und Wirtschaft – 16 regionale Kompetenzzentren Frau und Beruf an den Start bringen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1195 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Kopp-Herr das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Regina Kopp-Herr (SPD): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über alle Parteigrenzen hinweg ist unstrittig, dass Berufs- und Erwerbstätigkeit von Frauen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen, aber auch der demografischen Entwicklung wichtig und nötig sind. Dennoch ist die Chancengleichheit von Frauen im Berufs- und Erwerbsleben längst nicht erreicht.

Diese Erkenntnis hat 1988 die damalige SPD-geführte Landesregierung veranlasst, rechtliche Rahmenbedingungen für die Regionalstellen Frau und Beruf zu schaffen. Ziel dieser Regionalstellen war nicht nur, die arbeitsmarkt-, wirtschafts- und bildungspolitischen Akteurinnen und Akteure für gleichstellungspolitische Anliegen zu sensibilisieren, sondern auch eine frauenpolitische Infrastruktur für den Arbeitsmarkt zu schaffen. Denn diese war faktisch nicht vorhanden.

Von 1988 bis 2005 etablierten sich die Regionalstellen nicht nur, sondern sie arbeiteten sehr erfolgreich in der Unterstützung von Frauen und Mädchen: hinsichtlich Berufswahlorientierung und Lebenswegplanung von Mädchen, beruflichem Wiedereinstieg und Neuorientierung von Frauen nach der Familienphase, Existenzgründungen, Förderung betrieblicher Chancengleichheit und regionaler Strukturpolitik.

Diese erfolgreiche Arbeit wurde zu unserem größten Bedauern und zu Recht unter großem Protest der gleichstellungspolitischen Szene durch die von 2005 bis 2010 agierende schwarz-gelbe Landesregierung beendet. Sie kürzte die Landesförderung so drastisch, dass das für viele Regionalstellen das Aus bedeutete.

Dank kommunaler Kofinanzierung und der Übernahme durch freie Träger waren einige Regionalstellen in der Lage, ihre erfolgreiche und überaus geschätzte Arbeit fortzusetzen. Ich möchte an dieser Stelle diesen Initiativen ein dickes Lob und ein ganz großes Dankeschön aussprechen, die so erfolgreich für die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Mädchen weitergearbeitet haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also gar nicht verwunderlich, dass die Fraktionen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen heute diesen Antrag einbringen, denn sie sind nicht nur von der Richtigkeit ihres Antrages überzeugt, sondern auch die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung für Frauen in NRW unter der Überschrift „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ ist Teil des Koalitionsvertrages.

Auch unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in ihrer Regierungserklärung „Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen“ am 15. September 2010 Folgendes angekündigt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: Es ist ein wichtiges Ziel der Landesregierung, die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abzubauen.

Besonders hat unser Antrag dabei auch die Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund im Blick, die es häufig doppelt schwer haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag beschreibt sehr konkret die Erfordernisse der landesweiten Ausrichtung der Kompetenzzentren und ebenso unsere Vorstellung, wer Träger dieser Zentren sein kann. Geradezu essenziell ist unserer Meinung nach die Vernetzung der Kompetenzzentren in der Region mit arbeitsmarkt-, wirtschafts-, bildungs- und gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteuren. Dass sie Sitz und Stimme in den arbeits- und strukturpolitischen Gremien der Region bekommen sollen, versteht sich von selbst.

Auch die Ausschreibung der 16 regionalen Kompetenzzentren wollen wir nicht auf die lange Bank schieben. Im Klartext heißt das: Sie soll in diesem Jahr erfolgen.

Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frau und Mann, gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit, Gleichstellung von Frau und Mann in Entscheidungsprozessen sind auch auf europäischer Ebene berechnete Forderungen. Diese Forderungen dürfen aber nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie müssen endlich und spürbar in die Tat umgesetzt werden.

Wir wissen, dass wir dazu dicke und harte Bretter bohren müssen. Dazu sind wir bereit. Dazu dient unser Antrag.

Die weitere Diskussion und die Abstimmung werden federführend im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation erfolgen. Auf diese Diskussion und die Abstimmung freue ich mich. Ich fände es großartig, wenn unser Antrag im Ausschuss einstimmig auf den Weg gebracht würde, denn wir sind die Koalition der Einladung.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Die Frauen und Mädchen in NRW danken Ihnen dann ebenso wie ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kopp-Herr. – Als nächste Rednerin hat für die weitere antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Abgeordnete Schäffer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bisher haben wir in diesem Hohen Hause viel über die Kürzungen der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung im Bereich der Frauenhäuser diskutiert. Heute sprechen wir über einen anderen frauenpolitischen Bereich, der ebenfalls empfindlich von den Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung getroffen wurde, der, genauer gesagt, völlig von der nordrhein-westfälischen Landkarte ausradiert wurde.

Ich glaube, Sie wissen schon, was ich meine. Ich spreche von den ehemals 46 Regionalstellen Frau und Beruf, die aufgrund der schwarz-gelben Kürzungen schließen mussten. Damals begründeten die Damen und Herren von FDP und CDU dies damit, man wolle Doppelstrukturen abschaffen.

(Zustimmung von der CDU und von der FDP)

Die fachlich gute Arbeit der Regionalstellen Frau und Beruf, die auch von Schwarz-Gelb nicht bestritten wurde, sollte stattdessen vom Regelangebot übernommen werden.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Doch schon bei den Debatten im Jahr 2006 war abzusehen – das müssen Sie ehrlicherweise zugestehen –, dass dies nicht geschehen würde und dass die Kammern sowie die Arbeitsagenturen ihren Gleichstellungsauftrag nicht ausreichend wahrnehmen würden und dies aufgrund ihrer fehlenden fachlichen Kompetenz auch nicht könnten. Genau das ist auch eingetroffen. Der beruflichen Förderung von Frauen wird nach wie vor nur unzureichend nachgekommen, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Deshalb werden wir die Landesmittel ähnlich wie bei den Frauenhäusern, die ich zu Beginn erwähnte, mit dem Haushalt 2011 wieder einstellen und neue regionale Kompetenzzentren auf den Weg bringen. Auch diese frauenpolitische Maßnahme gehört zum Politikwechsel von Rot-Grün.

In den letzten Tagen, Wochen und Monaten, ja, auch heute noch wurde viel über die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten, über Managerinnen und Chefinnen-Sessel diskutiert. Die Grünen haben in dieser Debatte eine Vorreiterrolle übernommen, insbesondere durch die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes in den Deutschen Bundestag.

Erfreulicherweise scheint sich mittlerweile auch bei der Union einiges zu bewegen, angefangen bei der Diskussion über die Einführung einer Frauenquote innerhalb der CSU. Aber auch mit dem Vorstoß von Frau von der Leyen gibt es

(Serdar Yüksel [SPD]: Blendrakete!)

nun einen Grund zur Hoffnung, dass die gesetzlich vorgegebene Frauenquote vielleicht in den nächsten Jahren dann auch tatsächlich kommt. So wichtig aber die Einführung einer Frauenquote für Top-Positionen ist, um Strukturen aufzubrechen, um aber auch weibliche Vorbilder zu schaffen, so notwendig ist es, gleichzeitig die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt zu verändern. Und das soll auch Ziel der regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf sein, die wir neu einrichten werden.

Dabei können wir an die gute Arbeit und an die Erfahrungen der ehemaligen Regionalstellen Frau und Beruf gut anknüpfen. Mit den unterschiedlichen Akteuren in diesem Bereich wie den ehemaligen Mitarbeiterinnen der Regionalstellen Frau und Beruf oder auch mit der LAG kommunaler Gleichstellungsstellen in Nordrhein-Westfalen sind wir in Gesprächen über die Konzeptionierung. Denn „Koalition der Einladung“ – auch für Herrn Kruse – heißt für uns eben nicht nur die Einladung der Oppositionsfraktionen, sondern auch der engagierten Personen und Gruppen außerhalb des Parlamentes, um ihre Ideen in unsere Konzepte einzuarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die übergeordnete Aufgabe der regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf wird es sein, der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen insgesamt näherzukommen. Wichtig ist aber dabei – das wurde gerade auch von meiner Kollegin erwähnt – die Vernetzung der Bereiche Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik, um gemeinsam Zugänge für Frauen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erschließen sowie regionale Projekte und Angebote anzustoßen und weiterzuentwickeln.

Neben der Unterstützung bei dem beruflichen Wiedereinstieg von Frauen sowie der Unterstützung von Existenzgründungen ist ein wichtiges Handlungsfeld der neuen Kompetenzzentren die Berufswahlorientierung von jungen Frauen. Denn 80 % der jungen Frauen entscheiden sich immer noch für nur 25 verschiedene Ausbildungsberufe. Bei Mädchen mit Migrationshintergrund ist das Berufswahlspektrum noch eingengter.

Die fünf am meisten gewählten Berufe – das wird hier niemanden verwundern – sind die Berufe der Bürokauffrau, der Arzthelferin, der Kauffrau im Einzelhandel, der Krankenpflegerin und der Friseurin. Und das sind, wie wir alle wissen, Berufe, die als sogenannte Frauenberufe gelten und entsprechend schlecht bezahlt werden. Ich finde, es ist wirklich ein Skandal, dass es immer noch so ist, dass sich das Berufswahlverhalten seit Jahrzehnten nicht verändert. Ich finde, da sind wir als Politikerinnen und Politiker, als Abgeordnete gefordert, entsprechende Unterstützungsstrukturen für junge Frauen zu schaf-

fen, damit sich auf diesem Feld endlich etwas ändert.

Denn die Berufswahl ist der Einstieg in eine berufliche Biografie, die mit einer schlechten Bezahlung in der Ausbildung beginnt. Dazu gibt es interessante Zahlen von der DGB-Jugend, die in ihrem Ausbildungsreport aus dem Jahr 2009 sehr genau aufzeigen, dass junge Frauen bereits in der Ausbildung diskriminiert werden – sowohl was die Vergütung als auch was den Überstundenausgleich und die Zahl der Urlaubstage anbelangt.

Diese berufliche Biografie wird von vielen Frauen wegen Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie unterbrochen, dann oftmals in Teilzeitjobs oder eben in prekären Beschäftigungsverhältnissen fortgesetzt. Diese unterbrochenen Erwerbsbiografien, wie sie genannt werden, haben letztendlich zur Folge, dass Frauen massive Lücken bei den Rentenansprüchen haben. Das macht deutlich, gerade vor dem Hintergrund, dass wir letztes Jahr das Europäische Jahr gegen Armut hatten, dass Armut ein Gesicht hat – und dieses Gesicht ist ein Frauengesicht.

Wir können diese typischen weiblichen Erwerbsbiografien aber nur dann unterbrechen, wenn wir es endlich schaffen, dass wir das tradierte männliche Allein-Ernährer-Modell endlich hinter uns lassen, wenn wir Frauen Unterstützungsangebote für ihre jeweilige Lebenssituation bereitstellen.

Altersarmut zu verhindern, das ist das eine Ziel. Ganz stark damit verbunden ist unsere Forderung nach einer ökonomischen Unabhängigkeit für Frauen durch gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dafür werden wir uns stark machen. Genau dafür brauchen wir auch die regionalen Kompetenzzentren Frau und Beruf. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU die Frau Kollegin Vosseler das Wort.

Margret Vosseler (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn ich diesen Antrag lese, drängt sich mir die Frage auf, welche Politik wir für Frauen in unserem Land eigentlich wollen – eine innovative, zukunftsfähige oder eine überholte, rückwärtsgewandte?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Mit dem vorliegenden Antrag jedenfalls greift die Landesregierung in ihre frauenpolitische Mottenkiste. Die alten Hüte der Regionalstellen werden wieder hervorgeholt und uns, mit rot-grünen Federn aufgepeppt, als Kompetenzzentren Frau und Beruf präsentiert. Mit alten Hüten beschreiten wir in der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen keine neuen Wege.

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Die CDU versteht unter einer modernen Frauenpolitik eine Politik, die Spiegelbild der Lebenswelten von Frauen in unserem Land ist und den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen entspricht. Unsere Gleichstellungspolitik hat Frauen und Männer gleichermaßen im Blick, weil sich das Rollenverständnis von Frauen und Männern in den letzten Jahren entscheidend verändert hat,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wann ist das denn der Fall?)

weil Frauen und Männer Familienarbeit und Kindererziehung zunehmend als gemeinsame Aufgabe betrachten, weil Frauen heute besser ausgebildet sind als je zuvor – 56 % der Abiturienten und 51,4 % der Hochschulabsolventen sind weiblich –, weil Frauen am Arbeitsmarkt stark vertreten sind – 45 % der Erwerbstätigen sind Frauen – und weil Frauen wichtige Positionen im öffentlichen Leben erreicht haben.

Trotzdem – und da sind wir im Kern, um den es geht – bestehen nach wie vor inakzeptable Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt, für die wir neue Lösungsansätze brauchen. Jede vierte erwerbsfähige Frau bleibt ohne anerkannten Berufsabschluss; dies gilt vor allem für junge Frauen mit Migrationshintergrund.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen im Durchschnitt 23 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen und ihre soziale Absicherung entsprechend geringer ausfällt und sie dadurch einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Noch stärker ist die Benachteiligung von Frauen in ländlichen Räumen. Hier ist der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen seit 30 Jahren unverändert noch einmal um 10 % höher als in Ballungsgebieten.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Führungspositionen der Politik und im Berufsleben insgesamt deutlich weniger vertreten sind, obwohl sie zumeist bessere Bildungsabschlüsse aufweisen. Der Frauenanteil im Management deutscher Unternehmen liegt bei durchschnittlich 15 %, wobei Frauen vor allem in Spitzenjobs in mittelständischen Unternehmen zu finden sind. Fast 20 % aller Familienunternehmen in Deutschland werden von Frauen geführt. Nur 3,2 % der Vorstandsposten in den führenden deutschen Unternehmen sind mit Frauen besetzt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Abgeordnete Beer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie das zulassen.

Margret Vosseler (CDU): Ich wünsche mir, dass Frau Beer gut zuhört.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Ich wollte Sie doch so gerne fragen, wie Sie an der Frauenquote ...!)

– Nicht anders sieht es in Vorständen und Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften aus.

Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind in besonderem Maße von Diskriminierung und Entgeltungleichheit betroffen. Mehr als die Hälfte der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte hat keinen beruflichen Bildungsabschluss.

Wir wollen eine familienfreundlichere Arbeitswelt für Frauen und Männer gleichermaßen, Lohngleichheit für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft und Politik, den Frauenanteil in Wissenschaft, Forschung und Technik erhöhen, den Männeranteil in klassischen Frauenberufen steigern und insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen besser fördern.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Und mehr Frauen in der Politik! Mehr Frauen in der CDU!)

Frauenförderung ist für die CDU eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Davon merkt man aber nichts!)

Die CDU hat in den vergangenen Jahren wichtige und richtungsweisende Anstöße gegeben, um einerseits echte Wahlfreiheit der Eltern zwischen Kinderziehung und Berufstätigkeit herzustellen und um andererseits bei einer Entscheidung für Familie und Beruf eine Balance zwischen erfolgreicher Berufsausübung und einem organisierbaren und glücklichen Familienleben zu ermöglichen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Soll das auch für Männer gelten?)

Allem voran ist der kontinuierliche Ausbau der U3-Plätze zu nennen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Letzter Platz!)

Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue Betreuungsstrukturen in Kindertagesstätten und im Ganztagsbereich hat die CDU-geführte Landesregierung die Unterstützung von Familien weiterentwickelt. 2010 besuchte jedes siebte Kind unter drei Jahren ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Angebot der Kindertagesbetreuung.

Durch zahlreiche Initiativen und innovative Projekte haben wir deutliche Fortschritte für die Frauen in unserem Land erzielt.

Mit dem „Netzwerk W“ haben wir zahlreiche Projekte zur Unterstützung von Berufsrückkehrerinnen gefördert.

Wir haben in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren der betrieblichen Praxis neue Lösungsansätze

erprobt, um Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen.

Wir haben zukunftsgerichtete Projekte zur Unterstützung von Frauen in Forschung und Technik angestoßen.

Mit verschiedenen Mentoringprojekten haben wir dazu beigetragen, die Führungsqualitäten von Frauen besser zu nutzen.

Frauenpolitik ist für die CDU eng verzahnt mit Integrationspolitik. Für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte und für den Bereich „Frauen und Integration“ hat die CDU-geführte Landesregierung gerade während ihres Vorsitzes in der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz der deutschen Länder im Jahr 2009 wichtige Impulse gesetzt. Mit dem Mentoringprojekt „Neue Wege in den Beruf“ ist die CDU im Prozess der Berufsorientierung junger Frauen mit Zuwanderungsgeschichte erfolgreich neue Wege gegangen.

Frauenpolitik war, ist und bleibt für die CDU ein wichtiges Thema. Fünf Anträge zur Gleichstellungspolitik stehen heute und morgen auf der Tagesordnung. Die Mehrfachbelastung aus Familie und Beruf macht viele Frauen und Mütter krank. Morgen diskutieren wir über die Förderung von Frauen in Führungspositionen durch den Landespreis „Managerin des Jahres“. Die CDU setzt sich für eine konsequente Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein.

Die Liste der Themen, die an diesen Tagen unsere Aufmerksamkeit verdienen, ist lang. Aber für einen Rückwärtssalto in der Frauenpolitik sind wir nicht zu haben.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir turnen den Salto vorwärts mit neuen Instrumenten der Frauenpolitik. Wir entziehen uns dadurch unserer Verantwortung für die Frauen in Nordrhein-Westfalen nicht.

Rot-Grün schafft 16 regionale Kompetenzzentren „Frau & Beruf“ – eine zugegebenermaßen schöne Schlagzeile. Denn Geben ist seliger denn Nehmen. Politik verantwortungsvoll zu gestalten, heißt aber angesichts enger finanzieller Spielräume, zuweilen auch unbequeme Entscheidungen zu treffen, wenn diese zielführend und erfolgversprechend sind.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Aber das sind sie nicht!)

Der Strukturumbau beim Bau „Frau & Beruf“ war für alle Beteiligten schmerzhaft. Die strategische Neuausrichtung der Frauenpolitik – und darin sind wir uns wohl alle einig – schmälert die Anerkennung der bis 2007 in den Regionalstellen „Frau & Beruf“ geleistete Arbeit nicht. Alle Erfolge auf dem Weg, Frauen gleiche Chancen auf eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, zählen.

Die Politik der vergangenen Wahlperiode belegt aber, dass wir für eine erfolgreiche Frauenförderung

des 21. Jahrhunderts nicht auf einen Spezialberatungsdienst für Frauen aus den 80er-Jahren zurückgreifen müssen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] –
Sigrid Beer [GRÜNE]: Das sehen aber die
Wirtschaftsstellen ganz anders!)

Regionalstellen „Frau & Beruf“ sind im Rahmen der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ als Kontakt- und Beratungsstellen zur beruflichen Förderung von Frauen eingerichtet worden.

1986 stellten Frauen nur etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. Die Geschlechterperspektive und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben waren weder in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik, noch im Gesetz verankert. Die damals vorhandenen Beratungsstrukturen von Arbeitsämtern und Bildungseinrichtungen haben frauenpolitischen Aspekten kaum Beachtung geschenkt.

Der gesellschaftliche Kontext hat sich gewandelt. Spezielle Beratungs- und Förderangebote für Frauen werden längst von Arbeitsagenturen, Kammern, Bildungsträgern und Unternehmen wahrgenommen. Neue Kosten durch unnötige Doppelstrukturen sind angesichts knapper Kassen nicht zu rechtfertigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zu-
ruf von Heike Gebhard [SPD])

Die Frauenpolitik sollte stärker darauf setzen, Synergieeffekte zu nutzen und Lösungsansätze in Kooperation mit den Partnern in der Praxis zu entwickeln.

Die rot-grüne Formel – Frauen plus Kompetenzzentren gleich wirtschaftliche Unabhängigkeit, Entgeltgleichheit und Gleichstellung – geht nicht auf. Frauenförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte im Erwerbsleben funktioniert nur, wenn ein Bündel von Faktoren, Einstellungen und Maßnahmen ineinandergreift.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Bildung ist und bleibt der Schlüssel zur gleichgesellschaftlichen Teilhabe, insbesondere für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Frauen müssen den Mut haben, in Berufsfelder vorzudringen, die traditionell von Männern besetzt sind. Und Frauen müssen nicht nur Beruf, sondern auch Karriere wollen und bereit sein, die damit verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Familien brauchen ein flächendeckendes flexibles Kinderbetreuungsangebot. Zuverlässige Kinderbetreuung schafft Chancengleichheit auch in Führungspositionen. Ein regional gegliederter Beratungsdienst für Spezialberufe, eine regionale Bera-

tung der Beratung, hat sich nach Auffassung der CDU überlebt. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, ich hatte das gerade so verstanden, dass das Nichtzulassen von Zwischenfragen grundsätzlicher Art war. Durch das Wegtreten vom Mikrofon hat sich das dann nun in jedem Fall erledigt. – Es hat als nächste Rednerin für die Fraktion der FDP die Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurück auf die alten Pfade oder zurück in die Vergangenheit – anders lässt sich dieser Antrag wirklich nicht beschreiben. Es ist sozusagen alter Wein in neuen Schläuchen, nur ist am alten Wein oft noch was Gutes. Sie handeln so nach dem Motto: Man hat uns unser Räckelchen genommen, und jetzt holen wir es uns zurück. – Das muss man einfach sagen.

Was SPD und Grüne in diesem Antrag fordern, ist nichts anderes als die Wiedereinrichtung der Regionalstelle „Frau & Beruf“ unter anderem Namen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Damit ist es ein Rückfall in die Zeiten rot-grüner Doppelstrukturen und sich aufblähender Kostenrahmen, die den Landeshaushalt bereits vor 2005 in Schutt und Asche gelegt haben.

Meine Damen und Herren, es streitet niemand ab, dass die Regionalstellen „Frau & Beruf“ früher durchaus ihre Daseinsberechtigung hatten.

(Zuruf von der SPD)

Aber Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass sich ein solches Modell inzwischen selbst längst überholt hat. Die Regionalstellen waren seinerzeit in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts deshalb entstanden, weil die Arbeitsämter, Bildungseinrichtungen, Kammern, Betriebe und Verwaltungen frauenpolitischen Aspekten zu wenig Beachtung geschenkt haben.

Heute haben wir da eine ganz andere Situation. Es ist schon ein bisschen keck von Ihnen, Frau Schäffer, den Kammern in diesem Zusammenhang Untauglichkeit zu unterstellen. Ich habe nicht wirklich den Eindruck, dass Sie sich verstärkt in IHK-Kreisen bewegen und das auch wirklich so beurteilen können.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Förderinstrumente sind in den letzten Jahren nämlich stetig fortentwickelt worden. Die berufliche Förderung von Frauen ist mittlerweile durch das Sozialge-

setzbuch rechtlich festgeschrieben. Wir reden über Equal-Pay, Diversity und Gender-Mainstreaming.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Trotzdem bewegt sich nichts!)

Unternehmen nutzen die Frauenanteile und teilweise höheren Frauenanteile in ihren Belegschaften und Führungsetagen sowie ihre Familienfreundlichkeit häufig als werbewirksame Mittel.

Die Lebenswirklichkeiten haben sich also deutlich verändert. Der gesellschaftliche Kontext hat sich gewandelt. Nur der Blick der Koalitionsfraktionen auf diese veränderte Lebensrealität hat sich nie verändert.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Sie leben – und das wird nicht nur bei diesem Thema deutlich – immer noch im Gestern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Pieper-von Heiden, der Kollege Mostofizadeh würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ach, ich glaube ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ja oder nein?

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Nein danke, Frau Präsidentin, auch aus folgendem Grund: Da ist die Denke so grundsätzlich unterschiedlich, dass ich mit Blick auf die doch schon vorgerückte Stunde hier nicht noch eine Frage über vielleicht zehn Minuten beantworten möchte und dann feststellen muss, dass die Antwort nicht verstanden wurde.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen: Sie leben also immer noch im Gestern. Und da verwundert es nicht, dass Sie hier nun einmal mehr in Ihren alten Trott verfallen. Dass Sie nicht die Erfinder einer angemessenen Haushaltspolitik sind,

(Beifall von der FDP)

wenn Sie ganz großzügig Ihre 16 Kompetenzzentren, bei denen es sich im Grunde wieder um Regionalstellen handelt, einrichten wollen, dürfte in den letzten Wochen doch jedem klar geworden sein. Wir brauchen wirklich keine Doppelstrukturen. Wir brauchen sie aber nicht nur nicht, sondern sie sind mit Blick auf die Haushaltslage unverantwortlich.

Auch Frauen im Beruf brauchen sie nicht mehr. Es gibt genügend Anlaufstellen, bei denen sie sich Be-

ratung holen können und von denen auch qualifizierte Beratung und Unterstützung geleistet werden.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Nennen Sie doch einmal Beispiele!)

Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag selbstverständlich nicht zustimmen. Wir stehen für eine ehrliche Haushaltspolitik,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie stehen aber für keine ehrliche Frauenpolitik!)

für Bürokratieabbau und den Aufbruch unnötiger Doppelstrukturen, die den Steuerzahler mehr belasten, als sie von Nutzen sind.

Die Menschen in diesem Land erkennen dies auch. Sie wollen eine Zukunft für Nordrhein-Westfalen und nicht den gleichen Trott, für den Rot-Grün bereits 2005 abgewählt wurde.

Frau Schäffer, Sie haben gesagt, die Mittel für die Regionalstellen Frau & Beruf seien gestrichen worden. Das ist richtig. Aber was haben wir mit dem Geld gemacht? Schwarz-Gelb hat mit dem Geld in der Tat eine innovative Frauenförderpolitik auf den Weg gebracht und Unterstützungsmaßnahmen geschaffen, damit Frauen in der Wirtschaft reüssieren können und an entsprechende Stellen kommen. Das ist viel wirksamer, als es die alten Strukturen der Regionalstellen Frau & Beruf waren.

(Gerda Kieninger [SPD]: Sie haben nichts anderes und nichts Neues gemacht!)

Im vergangenen Jahrhundert, insbesondere in den 80er-Jahren, hatten diese Stellen tatsächlich ihre Bedeutung. Damals war die Beratungs- und Unterstützungstätigkeit der Kammern in der Tat noch nicht hinreichend ausgeprägt. Das hat sich aber völlig geändert. Deswegen brauchen wir diese Einrichtungen nicht.

(Heike Gebhard [SPD]: Wie viele neue Stellen haben sie denn dafür eingerichtet?)

– Ich merke an Ihren aufgeregten Reaktionen, dass Sie sich selbst vielleicht nicht ganz wohl dabei fühlen

(Heike Gebhard [SPD]: Fragen Sie die IHKs doch einmal selbst, wie viel Personal sie dafür eingestellt haben!)

und dass Sie zurückwollen.

Dies zieht sich überhaupt wie ein roter Faden durch Ihre gesamte Politik. Dass 2005 verschiedene Dinge abgeschafft worden sind, muss Sie so sehr geschmerzt haben,

(Beifall von der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Nicht uns, sondern die Menschen hat das geschmerzt!)

dass Sie sich dermaßen darauf konzentrieren, Ihre Symbolpolitik zu machen. Jetzt geht es Ihnen um die Kompetenzzentren Frau & Beruf. Auch mit Ihrer

kleinen Schulgesetznovelle haben Sie Punkte angegangen, die Sie schmerzten: Kopfnoten, also Noten für Sozialverhalten, und Schuleinzugsbezirke.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Zur Sache!)

Bei allem wollen Sie immer nur dahin zurück, wo Sie vor 2005 waren. Meine Güte! Die Welt dreht sich weiter.

(Beifall von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Ja, genau! Deshalb sind Sie wieder in der Opposition!)

Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis. Passen Sie sich den Realitäten an.

Ich frage Sie an dieser Stelle auch, was für ein Frauenbild Sie eigentlich haben. Trauen Sie den Frauen doch endlich einmal zu, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie haben wirklich die Denke im Kopf, von der Wiege bis zur Bahre müssten Sie alle Menschlein an die Hand nehmen. Wir zählen auch auf die Eigenverantwortung von Menschen.

Ich würde anders dazu reden, wenn es keine entsprechende Möglichkeit gäbe und keine Stellen vorhanden wären, bei denen man sich diese Beratung und Unterstützung holen könnte.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Dann nennen Sie doch einmal Beispiele!)

Die gibt es aber.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Wo denn?)

– Frau Schäffer, wenn Sie sich einmal auf den Weg machen und vielleicht auch das Gespräch mit IHKEN suchen, werden Sie feststellen, dass es so ist. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Abgeordnete Akbayir das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben ist noch lange nicht erreicht. Im Gegenteil! Der kürzlich erschienene Datenreport „Qualifikation und Erwerbsbeteiligung von Frauen in Nordrhein-Westfalen 1997 – 2008“ führte uns die Mängel der Gleichstellungspolitik deutlich vor Augen. Bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen war Nordrhein-Westfalen 2008 das Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern.

Zwar ermöglicht der Anstieg von höheren Schulabschlüssen wie Fachabitur und Abitur den Frauen und Mädchen einen besseren Zugang zur Berufstätigkeit. Doch diejenigen Mädchen und Frauen mit

Hauptschulabschluss oder fehlendem Abschluss haben im Vergleich zu ihren männlichen Mitbewerbern erschreckend geringe Chancen.

Daher schulden die im Antrag der Regierungsparteien vorgesehenen Regionalstellen dieser benachteiligten Gruppe angemessene Qualifizierungsangebote.

Außerdem sind Frauen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte in der Berufstätigkeit doppelt benachteiligt: zum einen als Migrantinnen, zum anderen zusätzlich als Frauen.

Die Erwerbsquote von Frauen mit Migrationshintergrund lag 2005 um 11,3 Prozentpunkte niedriger als bei Frauen ohne Migrationshintergrund.

Dem im Antrag formulierten Ansatz, die Angebote der Regionalstellen auf diese Gruppe der Frauen zuzuschneiden, stimmt unsere Fraktion ausdrücklich zu.

(Beifall von der LINKEN)

Wir erwarten aber eine entsprechende strukturelle Umsetzung, die sich sowohl in der Besetzung der Mitarbeiterstellen als auch in den Maßnahmen widerspiegelt. Dies werden wir im Ausschuss verfolgen und immer wieder einfordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun komme ich zum wesentlichen Punkt meiner Rede. Im erwähnten Datenreport wird die Befürchtung bestätigt, dass Frauen in der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung überrepräsentiert sind. Es sind ca. 49 %.

Der hohe Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen, der Minijobberinnen, ist ein trauriger Beweis der diskriminierenden Realität gegenüber Frauen im Berufsleben.

Auch die Ergebnisse der Expertise „Prekäre Beschäftigung“ des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen für die SPD-Landtagsfraktion NRW vom September 2009 betonen das Dilemma der prekären Beschäftigung bei Frauen.

Die geringfügige Beschäftigung zeigt sich auf den ersten Blick als Nische für Frauen – jedoch unter alarmierenden Bedingungen. Es fehlen nicht nur die Versicherungsgrundlagen, vor allem die Arbeitslosenversicherung; gleichzeitig sind diese Tätigkeiten auch ein gedeihender Sektor für Niedriglöhne.

Konkret bedeuten die prekären Beschäftigungen, dass sich geringer qualifizierte Frauen – darunter alleinerziehende Mütter – mit unterbezahlten Jobs über Wasser halten müssen. Daher gilt es, das Übel möglichst bei der Wurzel zu packen. Die fragliche Arbeitspolitik der Bundesregierung können wir von hier aus nicht grundlegend beeinflussen. Aber wir teilen die Einschätzung der Expertise, die die Weiterbildung für Betroffene empfiehlt, um eine Brü-

ckenfunktion in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte dahingehend auf das Fazit der Expertise „Prekäre Beschäftigung“ hinweisen, dem ich mich anschließe:

„Atypische bzw. prekäre Beschäftigung und Niedrig- sowie Mindestlöhne sollten auch auf politischer Ebene offensiver auch aus der Gender-Perspektive diskutiert werden ...“

(Beifall von der LINKEN)

Übrigens kommt der vor Kurzem erschienene Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu ähnlichen Ergebnissen, wenn darin vor den Minijobs als Falle für Frauen und Mütter gewarnt und stattdessen für einen gesetzlichen Mindestlohn plädiert wird.

Diese Ergebnisse müssen bei der Konzeption der Regionalstellen berücksichtigt werden. Ich schließe mich der Empfehlung an, Weiterbildungsangebote für die Übergangsphase zwischen Erziehungszeiten und der Berufstätigkeit in Vollzeit zu ermöglichen.

(Beifall von der LINKEN)

Abschließend möchte ich sagen, dass die Verlautbarungen der Bundesagentur für Arbeit in „Perspektive 2025 – Fachkräfte für Deutschland“ vom Jahresbeginn daran erinnern, dass dem befürchteten Fachkräftemangel durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote entgegengewirkt werden kann. Das Potenzial von Frauen für die Wirtschaft scheint den meisten bewusst zu sein. Nun kommt es auf eine entsprechende Umsetzung an.

Daher sind die geplanten 16 regionalen Kompetenzzentren ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch im Ausschuss muss geprüft werden, ob die Anzahl der Regionalstellen ausreicht, zumal die vorherige schwarz-gelbe Regierung den Bestand von damals 46 Regionalstellen oder Regionalzentren gestrichen hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Ihren Antrag in allen Ehren. Eine Sache bringt mich jedoch ins Grübeln: Sie beantragen die Regionalen Kompetenzzentren zu einem Zeitpunkt, zu dem die Neuinvestitionen ihres Nachtragshaushalts infrage gestellt werden, also auf wackligen Beinen stehen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das steht doch gar nicht im Nachtragshaushalt!)

Wir erwarten daher ein gesichertes und transparentes Finanzierungskonzept, damit die Regionalzentren einem drohenden Einsparzwang nicht zum Opfer fallen. Diesen Anspruch werden wir vehement verteidigen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Akbayir. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Steffens das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur eine Anmerkung direkt zum letzten Einschub: Das hat gar nichts mit dem Nachtragshaushalt zu tun, sondern muss natürlich ordentlich über den nächsten Haushalt abgesichert werden. Deswegen wird sich das Thema im Entwurf des nächsten Haushalts finden. Das ist nichts, was wir über den Nachtragshaushalt absichern können. Das wird ganz regulär im Zusammenhang mit dem nächsten Haushalt diskutiert werden.

Einsteigen möchte ich mit einer Bemerkung zu dem, was wir eben von Frau Pieper-von Heiden gehört haben. Das war wieder einmal eine wunderschöne Dokumentation dessen, was Sie und Ihre Denkweise in den letzten fünf Jahren angetrieben hat, nämlich die Vorstellung, man würde sich die Mühe machen und politisch Rappeln installieren. Das zeigt, wie Sie in der Vergangenheit Politik gemacht haben. Sie hat nicht die fachliche Inhaltlichkeit geleitet, Strukturen für Frauen zu schaffen, sondern Sie haben gesagt: Strukturen, die eine frühere rot-grüne Regierung geschaffen hat, müssen einfach plattgemacht und abgeschafft werden. So haben Sie sich damals auch im Ausschuss verhalten, statt zu hinterfragen, welche Strukturen wir brauchen, wie sie im Land verankert sein müssen, wie sie arbeiten müssen, was sie tun müssen, damit sich in diesem Land frauenpolitisch wirklich etwas ändert.

Ihre Bilanz ist nach fünf Jahren wirklich katastrophal: Bei der Frauenerwerbsquote liegt Nordrhein-Westfalen immer noch auf dem vorletzten Platz, obwohl Sie fünf Jahre lang geredet haben. Auch wenn Sie hier immer über Equal-Pay, Gender und Diversity reden, so hat dieses Reden fünf Jahre lang nichts genützt. Sie haben die entsprechenden Strukturen abgeschafft.

Ich kann Ihnen dazu noch ein ganz wichtiges, wesentliches Beispiel nennen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben auch in den letzten fünf Jahren zu Zeiten der damaligen Wirtschaftsministerin Thoben in der Wirtschaftsförderung bezüglich der EFRE-Mittel eigentlich einen Auftrag von der EU erhalten. Der Auftrag lautete, mit diesen EFRE-Mitteln zwei Querschnittsziele, nämlich zum einen das der Nachhaltigkeit und zum anderen das der Geschlechtergerechtigkeit, einzuhalten.

Frau Pieper-von Heiden, Sie wollen es nie gerne hören, aber Ihr Vertreter im Ziel-2-Begleitausschuss hat es sehr früh gemerkt: Genau das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit konnte in Nordrhein-Westfalen fast gar nicht umgesetzt werden. Nordrhein-Westfalen stand selbst im Vergleich mit den anderen Bundesländern beim Erreichen des Quer-

schnittsziels der Geschlechtergerechtigkeit ganz unten.

Sie haben eben so schön über „Haushalt“ und „Haushaltsfähigkeit“ und anderes gesprochen. Das Problem: Wenn man diese Ziele nicht einhält, muss man die EU-Fördermittel zurückzahlen. Dann hat Nordrhein-Westfalen wegen Ihrer katastrophalen politischen Vorstellungen an der Stelle ein politisches Defizit.

Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir genau an der Stelle die frauenpolitische Kompetenz im Lande verankern. Die Wirtschaftsunternehmen, Wirtschaftsverbände und Strukturen sind froh um die Beratung, weil sie wissen: Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der demographischen Entwicklung brauchen sie kompetente Unterstützung, um Frauen für den Arbeitsmarkt bestmöglich fit zu machen.

Auch vor einer anderen Erkenntnis dürften Sie die Augen eigentlich nicht zugemacht haben, wissen wir doch, dass unter den Schulabgängern und Schulabgängerinnen mittlerweile ein hoher Anteil qualifizierter Mädchen ist. Die Mädchen haben bei den höheren Abschlüssen deutlich vor ihren männlichen Mitschülern die Nase vorn: Sie haben 56,1% der Abiturientinnen ausgemacht. Bei der Fachhochschulreife haben sie 51,5 % ausgemacht. Bei den Jungs verhält es sich umgekehrt: Bei den niedrigeren Abschlüssen wie zum Beispiel dem Hauptschulabschluss haben 57,7% der Jungs die Nase vorn. Ohne Abschluss sind es 59,6%.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Frau Pieper-von Heiden, Sie müssen einmal darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn die Mädels die besten Abschlüsse machen, wir die Frauen aber trotzdem noch nicht in den gutbezahlten Berufen haben. Was heißt es denn, wenn die Mädchen alle zwar so hochqualifiziert sind, sogar die besten Studienabschlüsse machen, Ihre Partei aber immer noch sagt, dass Frauen trotzdem nicht in den Aufsichtsräten ankommen? Ja, Frau Pieper-von Heiden, da ist die Erde nicht eine Scheibe, sondern eine Kugel. Da muss man auch mal rund denken können. Das fehlt in den Konzepten der letzten fünf Jahre.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen an der Stelle eine runde und frauenfördernde Politik machen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pieper-von Heiden zulassen?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Da ich weiß, wie

ich antworten könnte, lasse ich die Zwischenfrage gerne zu, Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Danke, Frau Ministerin. Sie haben gerade von den bestqualifizierten Mädchen und jungen Frauen gesprochen, von 56 % Absolventinnen von Hochschulstudiengängen. Glauben Sie ernsthaft, dass sich diese Mädchen und jungen Frauen an Regionalstellen oder an Ihre neuen Kompetenzzentren wenden würden? Das glaube ich eher nicht.

(Gerda Kieninger [SPD]: Das sollen sie auch gar nicht!)

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Pieper-von Heiden, auch das ist wieder eine Dokumentation dessen, dass Sie gar nicht verstanden haben, was in diesem Land notwendig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Rot-Grün an 16 Stellen in Nordrhein-Westfalen ein Kompetenzzentrum einrichten wollte, wo sich Frauen individuell beraten lassen können. Das glauben Sie doch nicht im Ernst, oder wie ist Ihre Frage zu verstehen? Sie haben die Konzeption – bei den Kompetenzzentren geht es nicht um eine individuelle, persönliche Beratung – weder in der Vergangenheit noch heute verstanden. Das haben Sie schon damals im Ausschuss dokumentiert, als Sie ausschweifend erzählten, wie Sie undercover in die Regionalstelle gegangen sind, um sich ein Bild zu machen. Das war damals schon Ihre Art, zu verstehen, was da eigentlich passiert.

Nein, die Kompetenzzentren sollen mit der Fach- und Sachkompetenz ...

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Sie können gern noch mal fragen. Ich lasse gern eine weitere Frage zu, wenn Sie noch ein Problem haben. – Die Kompetenzzentren sollen nicht Frauen individuell beraten, sondern sie sollen die Kompetenz, wie man Frauenförderung in Unternehmen verankern kann, wie Frauen Unternehmen gründen können, wie Frauen gemeinsam in einer Region mit anderen Konzepten an den Start gehen können, in die Unternehmen und in die anderen Strukturen hineinragen.

Frau Pieper-von Heiden, sehen Sie sich einmal um, wie die strukturelle Beratung ist! Da, wo die Frauen 1:1 beraten werden – das haben Sie damals auch schon im Ausschuss erzählt. Gehen Sie mal in eine klassische BA-Beratung und gucken dann, wie Frauen beraten werden! Ein paar Stellen in NRW haben sich schon weitergebildet, dort geht das. Wir haben an der einen oder anderen Stelle aber auch noch den klassischen Berater, der keine Genderkompetenz hat. Dann ist es gut, wenn das Kompe-

tenzzentrum sagt: Wir können Sie qualifizieren, dass nicht alle Mädchen Frisörinnen werden sollen. Dafür ist ein Kompetenzzentrum gut.

Frau Pieper-von Heiden, es ist an der Stelle immer ein bisschen zu kurz gesprungen. Die Regionalstellen sollen qualifizieren, vernetzen, Kompetenzen bündeln, vor Ort die Strukturen fit machen, um die Frauen zu beraten, aber Sie können doch nicht mit 16 Stellen im Land alle Frauen 1:1 beraten.

Also: Wir wollen eine Struktur nicht um der Struktur willen, wir wollen auch kein Räppelchen – das hätten Sie gern –, so etwas wollen wir nicht, sondern wir wollen das Land frauenpolitisch voranbringen. Deswegen brauchen wir diese 16 Stellen. Deswegen müssen wir auch gucken: Wie bekommen wir die Wirtschaftsunternehmen und die anderen Strukturen mit ins Boot? Deswegen soll an dieser Stelle die Vernetzung, die Qualifizierung passieren. Hiermit machen wir uns auf den richtigen Weg. Wir holen die zahlreichen Akteure und Akteurinnen, die auch Verantwortung tragen, mit ins Boot und verlassen uns nicht darauf, dass es von alleine passiert.

Laut dem Redebeitrag der Kollegin Vosseler ist der Eindruck entstanden, man wolle eine Struktur um der Struktur willen einrichten. Von alten Hüten war die Rede. Spätestens nach dem heutigen Tag, nachdem die Quotendebatte auf Bundesebene leider eine andere Wende bekommen hat als in den letzten Tagen, muss ich sagen: Die alten Hüte sind auf anderen Köpfen, nicht auf den Köpfen dieser Koalition hier. Es ist zutiefst bedauerlich, dass das wenige nicht Antiquierte, das aus dem Bund kam, nämlich die Vorstellung von Frau von der Leyen, vielleicht doch eine Quote anzudenken und einzusetzen, heute auf dem kurzen Weg von der Bundeskanzlerin fürs Erste einkassiert worden ist, um wieder in den alten Hut, die alte Leier der CDU-Fraktion – nämlich: die Freiwilligkeit wird's schon richten – zu verfallen.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Regionalstellen dafür, um klarzumachen: In welchen Positionen können Frauen erheblich zum qualitativen Geschehen eines Unternehmens beitragen? Denn es ist klar: Gemischtgeschlechtliche Führungsgremien und Aufsichtsräte haben eine andere Erfolgchance, gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation, als es heute der Fall ist.

Eben fiel der Satz: Geben ist seliger denn Nehmen. Ich kann nur sagen: Mit Kompetenz und Wissen Strukturen zu installieren, ist sinnvoller. Das hat überhaupt nichts mit Geben zu tun, sondern wenn man in die 16 Kompetenzzentren investiert, kann man die Mittel, die an anderer Stelle, gerade in den letzten fünf Jahren über den EFRE, verteilt worden sind, sinnvoller einsetzen.

Auch dazu noch ein Beispiel: In der letzten Legislatur fanden über die EFRE-Mittel Unternehmensförderungen, Projektförderungen statt. Später riefen gerade die CDU-Frauen nach der Kinderbetreuung an der Stelle. Genau diese Projekte hätten mit einer kompetenten Beratung am Anfang auch mit Frauenförderung im Unternehmen umgesetzt werden können. Mit einer Struktur in die Beratung hineinzugehen, ist immer sinnvoller, als hinterher Reparaturen durchzuführen.

Ich hoffe, dass der Antrag – vor allen Dingen die Idee, das Konzept, mit 16 Kompetenzzentren ins Land zu gehen – eine breite parlamentarische Unterstützung bekommt, damit Nordrhein-Westfalen nicht weiterhin an vorletzter Stelle steht. Es wäre schön gewesen, wenn wir da schon ein Stückchen weiter wären.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion Frau Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es ist traurig, dass sich die Rednerin der CDU gar nicht mehr im Saal befindet. Das Thema scheint sie überhaupt nicht zu interessieren.

(Heike Gebhard [SPD]: Doch!)

– Doch? – Entschuldigen Sie, ich hatte Sie an Ihrem Platz vermutet. Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

Frau Vosseler, die Landesregierung hat natürlich keinen Antrag gestellt, sondern in diesem Fall die Koalitionsfraktionen. Wir halten diesen Antrag für äußerst wichtig, denn die Abschaffung der Regionalstellen, die in den letzten fünf Jahren geschehen ist, ist für uns kein „Räppelchen“, sondern zeigt ganz deutlich, dass wir an dieser Stelle wieder ansetzen und in diesem Land Vernetzungspolitik für Frauen gestalten müssen. Wir alle haben in den letzten Wochen den Datenreport „Qualifikation und Erwerbsbeteiligung von Frauen“ bekommen und beim Lesen festgestellt: Es hat sich eigentlich nicht viel getan

(Heike Gebhard [SPD]: Eigentlich nicht!)

54,9 % der Mädchen wählen immer noch die Top-Ten-Berufe weiblicher Art. Das bedeutet, 54 % aller weiblichen Ausbildungsplatzsuchenden wählen unter den 10 % der schlecht bezahlten Arbeitsplätze. Das ist das eigentliche Dilemma.

Laut Report hat sich die Frauenerwerbsquote erhöht. Das hat uns auch Herr Laschet lange Zeit eingeredet.

(Armin Laschet [CDU]: Ja!)

– Ja, sie hat sich erhöht, aber es ist nicht mehr geworden. Mehr Frauen teilen sich die Arbeitszeit. Dadurch hat sich die Erwerbsquote doch nicht erhöht, sondern mehr Frauen teilen sich die Arbeit. Wir haben mehr Teilzeitarbeit und mehr Minijobs.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Die Quote hat sich schon erhöht!)

Das kann doch nicht gewollt sein. Deswegen brauchen wir für die Frauen keine Einzelberatung, sondern eine Beratung der Unternehmen. Aus diesem wichtigen Grund brauchen wir die Regionalstellen. Es hat sich doch gezeigt: Das Netzwerk W, eine ganz nette Einrichtung – es hat ja auch Jahre gedauert, bis es an den Start gehen konnte –, kann nicht das leisten, was eigentlich gebraucht wird, nämlich die zu qualifizieren, die eigentlich qualifiziert werden müssen, die Unternehmen. Wie gehe ich damit um, wenn ich Wiedereinsteigerinnen nehme? Das ist die Zielgruppe.

Starterzentren sind eingerichtet worden. Schon der Name „Starter“ sagt, wer gemeint ist, nämlich Männer. Auch die Beratung ist für Frauen nicht so gewesen, wie man sie sich vorstellen kann. Jetzt geht es in den Regionalstellen nicht darum, eine Beratung von Frauen zur Existenzgründung zu machen, sondern darum, die, die die Beratung durchführen, zu qualifizieren, damit sie das so machen, dass auch Frauen davon profitieren werden.

Wenn Frau Vosseler sagt, Frauenpolitik sei eng verbunden mit Integrationspolitik, bin ich sehr erstaunt. Frauenpolitik ist ein Thema für alle Frauen, natürlich auch für Frauen mit Migrationshintergrund. Aber Integrationspolitik ist, glaube ich, etwas anderes. Oder Sie meinen tatsächlich, Frauen müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden? Dann sind wir an einer Stelle angelangt, wo ich frage: Bei welcher Diskussion fangen wir denn nun an? Integriert sind Frauen.

Wenn ich weiter in den Datenreport schaue, erkenne ich eines mit Sicherheit: gut ausgebildete Mädchen. Richtig! Wenn ich den Report weiterlese, stelle ich eines fest: Je höher die Karriereleiter geht, umso weniger Frauen sind da. Dabei ist es völlig egal, welchen Bereich ich mir ansehe, ob ich bei den Managerinnen nachschaue oder bei den Professorinnen. Die Luft ist dünn über der gläsernen Decke.

Liebe Verena Schäffer, ich muss dich enttäuschen: Seit heute Nachmittag ist die Frauenquote für die Oppositionsparteien beendet. Die Kanzlerin hat gesagt, es wird sie nicht geben.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir werden morgen über die Symbolpolitik reden, wieder bunte Preise an die, die etwas machen, verteilen, aber „gesetzliche Regelungen wollen wir natürlich nicht haben“. – Wir schon. Die Grünen und die SPD wollen gesetzliche Regelungen, und wir

wollen, dass Frauen endlich in die oberen Etagen einziehen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Frau Pieper-von Heiden, Sie beschreiben dieses „Räppelchen“. Das kennen wir bei Ihnen nicht anders. Sie scheinen aber den Antrag nicht gelesen zu haben oder haben damals undercover nicht richtig recherchiert. Denn es ist ein großer Unterschied zwischen diesem Antrag und den Regionalstellen, die wir hatten. Hier wird eine ganz andere Beratungsstruktur angegangen. Deswegen sollten Sie vielleicht einmal den Antrag lesen; vielleicht verstehen Sie ihn dann. Wenn Sie sagen „Womit soll der Steuerzahler wieder belastet werden?“, dann sage ich Ihnen: Na gut, wenn die Steuerzahlerin davon profitiert, ist das doch auch mal was.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, Frau Akbayir, es wird 16 Regionalstellen geben. Die Struktur des Landes ist in Arbeitsmarktregionen aufgeteilt; das sind 16. Daran werden wir uns orientieren.

Sie fragten nach, ob die Regionalstellen im Nachtragshaushalt stehen. Das ist natürlich nicht der Fall – das konnte man beim Reinschauen auch feststellen –, sondern die Landesregierung wird aufgefordert, sie in diesem Jahr zu installieren, und dann müssen sie im Haushalt für das Jahr 2011 stehen.

Das wird schwierig genug; wir kennen die Haushaltslage, und wir wissen auch, dass das Geld nicht vermehrbar ist. Selbst wenn jetzt 1,3 Milliarden € weniger an Verschuldung da sind, steht doch nicht mehr im Haushalt. Das wissen wir sehr wohl. Man kann immer gut noch mehr fordern, aber wir wären sehr froh, wenn wir diese 16 Regionalstellen, diese 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf, in unserem Land hinbekommen würden. Damit wären wir einen großen Schritt vorangekommen, und für die Frauen in Nordrhein-Westfalen würde endlich wieder das stattfinden, was sie seit zumindest vier Jahren vermissen. Die Welle der Empörung war ja auch groß genug.

Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss und werden sehen, wie diese Kompetenzzentren vor Ort Wirkung entfalten werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Kiener. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier eben an frauenpolitischen Positionen von CDU und FDP vorgetragen bekommen haben, möchte

ich mal mit einem Zitat eines großen Deutschen bewerten: „Getretener Quark wird breit, nicht stark.“

Ich glaube, dass der ehemalige Frauenminister das wesentlich besser hätte verkaufen können. Leider ist er auch dafür verantwortlich gewesen, dass genau die Regionalstellen „Frauen und Wirtschaft“ in den letzten fünf Jahren im Streichkonzert Abschied haben nehmen müssen. Dies ist ein echter Verlust gewesen; das ist vor Ort immer wieder deutlich geworden.

Deswegen sind die Nachfrage nach und der Zuspruch zu diesem Antrag auch sehr groß. Seit Beginn dieser Legislaturperiode wird danach gefragt, wann dieses Projekt aus dem Koalitionsvertrag Wirklichkeit wird. Für 2011 werden wir das umsetzen, weil die regionale zielgenaue Umsetzung, die Beratung, das Integrieren und Aufschließen für die Bedarfe von Frauen in der Wirtschaft genau die Herausforderung ist. Das werden wir auf den Weg bringen.

Ich will aber noch einmal sehr deutlich machen: Sie haben immer nur den Fokus auf das Thema „Vereinbarkeit mit Familie“ gelegt. Das ist in der Tat ein sehr wichtiger Punkt – klar –, aber es gibt genug Frauen ohne Familie, die gleichberechtigt ihren Weg in den Beruf machen wollen, auch ein entsprechendes Entgelt dafür erhalten wollen und nicht wieder herabgestuft werden wollen.

Frau Vosseler, ich finde es schon ein bisschen sehr zu kurz gesprungen zu sagen: Na ja, Ihr habt die besseren Abschlüsse, aber schaut auch mal in anderen Berufsbildern um. – Das war die Botschaft, die Sie eben hier verkündet haben. Das und was Sie sonst heute hier dargeboten haben, ist eigentlich zu wenig für Frauenpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Widerspruch von der CDU)

Liebe Kollegin Kieninger, ich würde gar nicht so pessimistisch sein, weil Frau Merkel der Frauenquote eine Absage erteilt hat. Herr Seehofer hat sie ja schon gekontert. Selbst die CSU ist auf den Trichter gekommen. Vielleicht wäre es auch einmal gut für die Fraktionen von FDP und CDU, die hier im Haus sind, über eine Frauenquote nachzudenken,

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben das nicht nötig: Qualität statt Quote!)

damit ein anderer Drive in ihre Frauenpolitik hineinkommt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall
von der LINKEN)

Denn es ist ganz deutlich: Die überholten Positionen, die Sie hier über die Zeit darbieten, ist in der Tat alter Wein in alten Schläuchen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin, Sie müssen dringend zum Schluss kommen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Damit gestaltet man keine Zukunft. Wir brauchen die Frauen in diesem Land, und wir werden dafür sorgen, dass sie in die Erwerbswelt kommen und dass es mehr Gleichberechtigung gibt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beer. – Ich sehe niemanden mehr auf der Rednerliste.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1195 – Neudruck – an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation – federführend –**, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisung folgen und ihr zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

9 „Burn-out-Syndrom“ entgegenwirken – insbesondere Frauen und Mütter mit Mehrfachbelastungen unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1193

Die Beratung eröffnet Frau Milz für die antragstellende Fraktion der CDU.

Andrea Milz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Volk der Erschöpften“, so überschrieb die Wochenzeitung „Der Spiegel“ kürzlich seine Titelstory über die neue deutsche Volkskrankheit Burn-out. Dies auch mit gutem Grund, denn die Deutschen leben immer länger und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkranken immer seltener an körperlichen Beschwerden, die es früher bei körperlich schwerer Arbeit gegeben hat.

Aber dafür sind die psychischen Volksleiden auf dem Vormarsch. Nahezu jeder dritte Bundesbürger leidet innerhalb eines Jahres an einer psychischen Störung. Seit 1990 haben sich die Krankschreibungen wegen psychischer Belastungen fast verdoppelt. Rund 4 Millionen Bundesbürger leiden unter behandlungsbedürftigen Depressionen. Die Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen haben von 1998 bis 2009 um 76 % zugenommen, und 38 % der Frühverrentungen wurden 2009 aufgrund von seelischen Erkrankungen bewilligt.

Eine der häufigsten seelischen Erkrankungen ist eine Erschöpfungsdepression, das sogenannte Burn-